



Nr. 5/18 | 21.1.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

in unregelmäßiger Reihenfolge berichte ich Ihnen über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin. Die vergangene Sitzungswoche war sehr ereignisreich. Die Ausschüsse und Fraktionsgremien haben sich konstituiert und jetzt kann endlich die richtige Parlaments- und Regierungsarbeit aufgenommen werden. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission
2. Jahresbericht des Wehrbeauftragten
3. weitere Beteiligung an der Luftverteidigung der NATO
4. Fortsetzung der Operation ACTIVE ENDEAVOUR
5. Relevantes aus Mannheim

1. Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission

Das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2014, das bereits im Oktober 2013 veröffentlicht wurde, sieht vier vorrangig zu behandelnde Themenbereiche vor: Neben der Wirtschafts- und Währungsunion stehen Initiativen zur Förderung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung im Vordergrund. Ein besonderer Fokus der Fördermaßnahmen liegt auf der Klima- und Energiepolitik, für die ein europäischer Rahmen gefaßt werden soll. Die Kommission stellt außerdem den Bereich der Sicherheits- und Justizpolitik in das Zentrum ihres Handelns. Schließlich legt sie eine außenwirtschaftliche und außenpolitische Handlungsagenda vor. Wir debattierten dieses Arbeitsprogramm unter besonderer Beachtung der Entwicklung in der Eurozone, der Arbeit an der Bankenunion sowie der Freizügigkeit in Europa. Auch die Frage, wie sich die Dienstleistungsfreiheit und die Gewährleistung von Sozialleistungen entwickeln können, spielt eine Rolle.

2. Jahresbericht des Wehrbeauftragten

Etwa 4.300 Eingaben vermeldet der 54. Jahresbericht des Wehrbeauftragten. Die Zahl spiegelt nicht zuletzt die vielen Probleme, die unsere Soldatinnen und Soldaten belasten, wider. Der Bericht ist jedoch nicht als reiner Mängelbericht zu sehen, da dies nicht der Stimmung in der Truppe und der Leistungsfähigkeit unserer Streitkräfte gerecht wird. In seinem Bericht begrüßte der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus zwar die Pläne der neuen Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, die Bundeswehr zu einem familienfreundlicherem Arbeitsplatz zu machen, bezweifelt aber die Finanzierungspläne der Bundesministerin. Etwaige Umschichtungen im Verteidigungsetat würden wieder Löcher an anderen Stellen aufmachen. Königshaus erkenne keine frei verfügbaren Mittel, die keine negative Konsequenzen für andere Bereiche mit sich ziehen würden.

3. Weitere Beteiligung an der Luftverteidigung der NATO

Die Bundeswehr soll sich nach dem Vorschlag der Bundesregierung weiterhin mit bis zu 400 Soldaten in zwei Patriot-Flugabwehrstaffeln im türkisch-syrischen Grenzgebiet engagieren. Das Mandat „Active Fence“ soll Teile der Türkei vor Raketen aus Syrien schützen. Die Truppe ist nicht im unmittelbaren türkisch-syrischen Grenzgebiet stationiert, sondern in Kahramanmaras, circa 100 Kilometer nördlich der Grenze. Es geht bei diesem Mandat auch darum, ein Zeichen der Solidarität mit dem NATO-Partner Türkei zu setzen, der unmittelbar an die Konfliktregion Syrien angrenzt.

4. Fortsetzung der Operation ACTIVE ENDEAVOUR

Das zweite Mandat (gültig bis zum 13.12.2014) betrifft die NATO-geführte Operation „Active Endeavour“ (OAE) im Mittelmeer. Es sieht eine von 700 auf 500 Soldaten reduzierte personelle Obergrenze vor. Derzeit nehmen allerdings keine deutschen Soldaten daran teil. Die Operation „Active Endeavour“ wurde durch die NATO-Mitgliedstaaten beschlossen, um im Mittelmeerraum einen Beitrag zur maritimen Terrorismusabwehr zu leisten. Diese Bedrohung wird derzeit jedoch als abstrakt bewertet. Deshalb wird sich der deutsche Beitrag künftig auf die Beteiligung an den ständigen maritimen Verbänden der NATO, an den Flügen

der AWACS und auf den Austausch von Lagedaten beschränken. Deutschland setzt sich im Bündnis kontinuierlich dafür ein, die Einsatzgrundlagen von OAE auch konzeptionell an die tatsächliche Einsatzrealität anzupassen. Dazu wurden konkrete Vorschläge gemacht. Das Aufgabenspektrum der Operation soll sich danach auf Seeraumüberwachung, Lagebilderstellung und regionale Zusammenarbeit beschränken. Die Bundesregierung wirbt hierfür intensiv unter den Bündnispartnern.

5. Relevantes aus Mannheim und der Region

Besuch im Polizeipräsidium

Angesichts der aktuellen Diskussion über die Armutszuwanderung aus Bulgarien und Rumänien informierte ich mich über die Erfahrungen der Mannheimer Polizei in dieser Frage. In Begleitung von Stadträtin Rebekka Schmitt-Illert und dem Vorsitzenden des CDU-Ortsverbandes Innenstadt, Markus Schmidt, traf ich den Leiter der Besonderen Aufbauorganisation Südosteuropa, Horst Wetzels, und Polizeipräsident Thomas Köber. Ich war beeindruckt von der guten Vernetzung von Polizei und Stadtverwaltung. Vor allem die Überprüfung durch den Besonderen Ermittlungsdienst habe sich, so Wetzels, als effektiv erwiesen. So könne man feststellen, ob die gemeldeten Zuwanderer tatsächlich noch dort leben, wo sie gemeldet sind. Wenn die Gemeldeten innerhalb mehrerer Monate nicht angetroffen werden, so erfolge die Abmeldung. Dadurch wird ein möglicher Missbrauch von Sozialleistungen verhindert. Allerdings gibt es auch Probleme bezüglich der Wohnsituation. So hat die Stadt zwar menschenunwürdige Wohnsituationen aufgelöst und die Zuwanderer in Wohnungen der GBG untergebracht. Dort aber wurden neue prekäre Wohnsituationen geschaffen, weil die Wohnungen untervermietet und mit bis zu 28 Personen überbelegt werden. Die Lösung dieser und anderer aus der Armutszuwanderung resultierenden Probleme kann aber nicht, so betonten Köber und Wetzels, im polizeilichen, sondern nur im politischen Bereich erfolgen. Ich werde mich dafür einsetzen, daß zum einen betroffene Kommunen wie Mannheim vom Bund finanziell unterstützt werden und gleichzeitig gesetzliche Maßnahmen, etwa bei der Kindergeldregelung, ergriffen werden. Es kann nicht sein, daß Kindergeld erhalten wird, wenn sich die Kinder gar nicht in Deutschland befinden. Außerdem müsse das Melderecht dahingehend reformiert werden, daß Vermieter bei einer Ummeldung mit unterschreiben müssen, damit Menschen, die gar nicht am angegebenen Ort wohnen, sich nicht unberechtigter Weise anmelden können.

Ich will mich dafür stark machen, daß Rumänien und Bulgarien die für Integration zur Verfügung stehenden Fördergelder bei der EU abrufen, um ihre dort lebenden Minderheiten zu integrieren. Die EU hat Rumänien und Bulgarien Geld zur Verfügung gestellt, um die Lebensverhältnisse an die anderen EU-Länder anzugleichen. Bulgarien und Rumänien haben das Geld, das für die Integration von Minderheiten vorgesehen ist, jedoch nicht abgerufen. Die EU muß deshalb die Auflage, daß die betroffenen Länder 20% an zu fördernden Projekten selbst zu erbringen haben, reduzieren oder ganz aussetzen, damit es diesen Ländern leichter fällt, das Geld abzurufen und ihre Minderheiten zu integrieren und ihnen ein menschenwürdiges Leben im eigenen Land zu ermöglichen. Gleichzeitig müssen Mechanismen geschaffen werden, mit denen überprüft werden kann, daß die Gelder tatsächlich abgerufen und zweckmäßig eingesetzt werden.



Bild (v.l.n.r.): Egon Jüttner mit Polizeipräsident Thomas Köber, Rebekka Schmitt-Illert, Markus Schmidt und Horst Wetzel



Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de